

THEMA IM LANDTAG

Wulff bekommt Haushalt nicht in den Griff SPD wird konkrete Alternativen benennen

Spätestens bei der Einbringung des Haushalts 2005 in den Landtag hat sich gezeigt: Die Landesregierung von Christian Wulff ist nicht in der Lage, den Haushalt in den Griff zu bekommen. Obwohl sie – etwa bei der Streichung des Landesblindengelds – einen beispiellosen sozialen Kahlschlag betreibt, obwohl sie bei den Kommunen 150 Millionen Euro streicht, obwohl sie ihr Wort gegenüber Wohlfahrts- und Sportverbänden bricht und erneut massive Kürzungen vornimmt, steigt die Nettokreditaufnahme um 295 Millionen Euro. Bis zum Ende dieser Legislaturperiode wird jeder von der Landesregierung vorgelegte Haushalt verfassungswidrig sein.

Zu unserer Regierungszeit hat es sich die damalige CDU-Opposition bequem gemacht: Die CDU hat auf der einen Seite Mehrausgaben in Höhe von sage und schreibe zwei Milliarden Euro gefordert und gleichzeitig alle von uns eingeleiteten Sparmaßnahmen scharf kritisiert.

Die SPD-Fraktion hat sich klar gegen eine solche verlogene »Doppelstrategie« ausgesprochen. Wir wollen im Landtag seriöse Politik betreiben – anders als es die CSU in der Opposition getan hat. Das heißt für uns: Wir werden die Politik der

Fortsetzung Seite 2

Fakten zum Haushalt der CDU/FDP-Landesregierung

- Die Landesregierung verschiebt Schulden in Höhe von **645 Mio. Euro in Schattenhaushalte**. In der Folge liegt die tatsächliche Nettoneuverschuldung des Jahres 2005 bei 2,795 Mrd. Euro und nicht – wie von der Landesregierung behauptet – bei 2,15 Mrd. Euro.
- Es fehlt jeder Lösungsvorschlag für die Folgen der »Pensionsfalle«, also die in immensen Kosten für die Ruhestandsbezüge von aus dem Dienst ausgeschiedenen Beamten
- Statt Einsparungen führt die Verwaltungs- und Polizeireform von CDU und FDP zu Kostensteigerungen in Höhe von **45 Mio. Euro**.
- CDU und FDP ignorieren wesentliche Vorschläge des Landesrechnungshofes. Statt dessen: Schuldenfinanzierte Wahlversprechen bei Lehrer- und Polizeieinstellungen in Höhe von **118,25 Mio. Euro**.
- CDU und FDP bleiben bei ihrer Verweigerung von Subventionsabbau. Damit gehen dem Landeshaushalt **459 Mio. Euro** verloren.
- CDU und FDP schöpfen die Einsparmöglichkeiten des Landeshaushaltes nicht aus.
- Glaubt man den steuerpolitischen Erklärungen des stv. CDU-Bundesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Christian Wulff, kämen dazu noch dramatische Einnahmeverluste in Höhe von **jährlich 1,7 Mrd. Euro**, die CDU und FDP für Niedersachsen erzeugen wollen: Dieser Verlust ergibt sich aus der Kombination von drastischer Steuersenkung (450 Mio. Euro) und steuerfinanzierter Kopfprämie im Gesundheitswesen (1,25 Mrd. Euro).
- Die CDU-Landesregierung plant schon jetzt – bei gleichzeitig ständigem Verweis auf die angeblich unsolide Finanzpolitik der ehemaligen SPD-Regierung – eine Nettokreditaufnahme (NKA), die weit über der NKA der alten Regierung liegen wird. Die SPD-Landesregierung hatte in der Zeit von 1998 bis zum Regierungswechsel insgesamt 9,6 Mrd. Euro Schulden aufgenommen. **Die Planungen der CDU sehen schon jetzt (incl. Schattenhaushalten) eine Steigerung der Verschuldung von 10,79 Mrd. Euro vor.**

**Liebe Leserinnen
und Leser,**



in den vergangenen Tagen hat ein Strategiepapier, das ich in enger Abstimmung mit dem Vorstand der SPD-Landtagsfraktion verfasst habe, für einige Aufregung gesorgt: Ich habe darin angeregt, die Angaben des Landesrechnungshofs zu überprüfen, nach denen das Land jedes Jahr 40 Mio. Euro sparen könnte, wenn die Regelungen im Personalvertretungsgesetz an die für »normale« Betriebe geltenden Bestimmungen angepasst werden würden. Ein Abbau von Mitbestimmungsrechten ist mit mir nicht zu machen. Aber ich glaube, dass wir solche Angaben in Ruhe überprüfen müssen. Denn wir können einem Arbeiter bei VW in diesen Zeiten nicht erklären, warum wir nicht genug Geld für die Lehrer seiner Kinder haben, uns zugleich aber ein Maß an Freistellungen für die Personalratsarbeit leisten, von dem er bei VW nur träumen kann.

Wir haben viel positive Resonanz auf die erste Ausgabe des online-TiLs erhalten – und einige Verbesserungsvorschläge, die wir nach und nach abarbeiten werden. Über weitere Reaktionen würde ich mich sehr freuen.

Ever

Sigmar Gabriel

Fortsetzung: Wulff bekommt Haushalt nicht in den Griff ...

Landesregierung weiter scharf kritisieren, zugleich aber auch eigene Konzepte vorlegen.

In enger Abstimmung mit dem Fraktionsvorstand habe ich ein Strategiepapier erarbeitet, das Perspektiven für unsere zukünftige Oppositionsarbeit aufzeigt.

Aus meiner Sicht muss sich die SPD in Zukunft vor allem den folgenden Themen widmen:

- Der Verbindung einer aktiven Bevölkerungs- und Familienpolitik mit einer besseren Frühförderung und Schulbildung;
- dem Ausschöpfen der »neuen Bildungsreserve« unter Kindern und Jugendlichen in den sozialen Brennpunkten und die Bildungsintegration von Ausländer- und Aussiedlerkindern.
- dem Aufbau einer leistungsfähigen regionalen Struktur- und Wirtschaftspolitik für die unterschiedlichen Landesteile (ländlicher Raum, strukturschwache, Ballungs- oder Metropolregionen);
- der Neustrukturierung der Wissenschafts- und Forschungslandschaft und
- dem Aufbau leistungsfähiger und effizienter Verwaltungsstrukturen im Land und in den Kommunen.

Diese langfristigen Ziele können nur realisiert werden, wenn wir den Landeshaushalt in den Griff bekommen. Zu der erdrückenden Schuldenlast kommt ein Problem, das in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wird: Das Land droht an den Pensionslasten zu ersticken. Wer jahrzehntelang als Beamter für das Land gearbeitet hat, hat Anspruch auf eine vernünftige Altersversorgung. Aber das Land muss gegensteuern, damit nicht in nicht allzu ferner Zukunft alle Einnahmen vom Schuldendienst und den Pensionslasten aufgefressen werden. Denn für die Altersversorgung der Beamten werden die zukünftigen Generationen haftbar gemacht, während der Staat für Angestellte – wie jeder Arbeitnehmer – schon heute in die Rentenversicherung einzahlen muss.

Ich habe deshalb einen ur-sozialdemokratischen Vorschlag aufgegriffen: Beamte sollen in Zukunft nur noch dort eingestellt werden, wo hoheitliche Aufgaben erfüllt werden – etwa in der Polizei und in der Justiz. Nur so kann der Weg in die Pensionsfalle gestoppt werden.

Außerdem habe ich vorgeschlagen, einen Hinweis des Landesrechnungshofes zu



Parteichef Franz Müntefering und Sigmar Gabriel im Gespräch

prüfen. Die Hildesheimer Behörde schätzt, dass im öffentlichen Dienst 1.000 Stellen eingespart werden könnten, wenn das Personalvertretungsgesetz an die für »normale« Betriebe geltenden Regelungen angepasst werden würde.

Um es deutlich zu sagen: Mir geht es nicht darum, die Mitbestimmungsrechte für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu beschneiden. Aber in einer so schwierigen Finanzlage, wie wir sie heute vorfinden, darf es keine Denkverbote geben. Sollte der Rechnungshof Recht haben, so könnten wir keinem Arbeiter oder Angestellten bei VW erklären, wieso wir für

seine Kinder 1.000 Lehrer weniger einstellen können, nur um Standards für Freistellungen zu finanzieren, die niemand in der Automobilindustrie für sich in Anspruch nehmen könnte.

Die SPD-Fraktion hat auf meinen Vorschlag eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die die Berechnungen des Landesrechnungshofes überprüfen wird. Die Ergebnisse werden in die Beratungen der SPD-Fraktion über das Strategiepapier eingehen. Eine Entscheidung ist für die Fraktionsklausur am 15. und 16. November in Göttingen geplant.

Sigmar Gabriel

Zitat des Monats:

Claus Peter Poppe, MdL, sagte in der Aussprache zur großen Anfrage Schulstruktur zum Märchenerzähler Busemann:

»Nein, Herr Minister Busemann, das Märchen vom Schlaraffenland, vom reibungslosen Übergang, das nimmt Ihnen keiner mehr ab. Ihr Märchen war ja auch ein anderes. Ich sage Ihnen auch, welches:

Es hieß **Tischlein deck dich**: Wir rechnen uns reich bis 100%!

Goldesel streck dich: Lass doch die Städte und Gemeinden und lass doch die Familien zahlen!

Knüppel aus dem Sack: Immer feste druff auf die Lehrer, die können immer noch eine Schippe zulegen!«

Impressum

**SPD-Fraktion
im Niedersächsischen Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover**

**V.i.S.d.P.:
Dr. Cornelius Schley, Geschäftsführer
SPD-Fraktion Niedersachsen**

**Layout und Satz:
Andreas Schneider**

Die SPD-Landtagsfraktion haftet nicht für fremde Inhalte von Internetseiten, zu denen man durch externe Links gelangt.

Sander: »Ich muss nicht in allen Fragen kompetent sein«

Umweltminister Sander macht Niedersachsen zur umweltpolitischen Wüste und sieht sich selbst als Krisen-Beauftragten.

In einer Aktuellen Stunde und Dringlichen Anfrage im Oktober-Landtagsplenum stand wieder einmal Umweltminister Sander im Mittelpunkt. So wurde er in einem Zeitungsartikel mit den Worten zitiert: »Ich muss nicht in allen Fragen kompetent sein«. Hans-Dieter Haase, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, bestätigte den Minister in seiner Einschätzung. Anhand von Beispielen machte Haase deutlich, dass der Minister besser sein Amt zur Verfügung stellen sollte, da er nicht einmal in wesentlichen Aufgabenbereichen über die notwendige Kompetenz verfüge und Niedersachsen sich einen solchen Minister nicht leisten könne.

Deutlich werde dies

- im Umgang mit EU-Vorgaben, die der Minister nicht 1:1 umsetzen wolle;
- seinem Umgang mit Mitarbeitern, bei denen er nach eigenem Bekunden nur den Parteifreunden vertraue;
- dem Umgang mit effektiven Verwaltungsstrukturen, wo er die Zerschlagung des Landesamtes für Ökologie als politische Überzeugungstat bezeichnet und
- im Umgang mit Bündnispartnern, die er gern auch mal als korrupte Bande oder undemokratischen Haufen tituliert.

In seiner Erwiderung auf die berechtigten Vorwürfe der Opposition wandelte der Minister dann auf philosophischen Pfaden. Er verglich sich mit dem ehemaligen Beauftragten im Bundeskanzleramt Wischniewski, der ausgeschieden wurde, um im Nahen Osten die Krisen zu bewältigen. Mit diesem Vergleich macht Sander deutlich, wohin für ihn in Niedersachsen umweltpolitisch die Reise gehen soll: in die Wüste. Kein Wort zu den fachlichen Vorwürfen der Opposition, kein Wort zu den zentralen Zukunftsaufgaben des Landes in der Umweltpolitik.

Doch damit nicht genug. In einer Dringlichen Anfrage zur aktuellen Debatte um die Nachmeldungen der Gebiete nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie der EU (FFH-R), kam der Minister erneut in Bedrängnis. Durch die Nichtmeldung der Ästuar (Flussmündungsbereiche) von Weser und Ems drohen Niedersachsen empfindliche Strafzahlungen. Die EU hatte bereits Anfang August in einem schriftlichen Protokoll auf die Forderung nach Meldung dieser Gebiete hingewiesen. Davon ließ sich der Umweltminister jedoch nicht beeindrucken. Aussagen wie: »Man müsste es einmal darauf ankommen lassen und notfalls müsste man sich auch mal verklagen lassen« offenbaren seine wahre Einstellung gegenüber Rechtsnormen. Befriedigende Antworten blieb der Minister in der Fragestunde wieder einmal schuldig, so dass der Ministerpräsident

ihm zum wiederholten Male zu Hilfe eilen musste.

Am Ende der Landtagswoche stellte die SPD-Fraktion wieder einmal fest, dass der

Stellenwert der Umweltpolitik in dieser Landesregierung mehr als untergeordnet ist. Ein inkompetenter Minister, der sich als Krisen-Beauftragter empfiehlt, sollte besser seinen Hut nehmen. Die Krise ist er.

Busemann trickst bei der Unterrichtsversorgung Größere Klassen, weniger Förderung

Am 15. September hatte Kultusminister Bernd Busemann noch eine gute Botschaft für Eltern und Schüler in Niedersachsen. Die Unterrichtsversorgung werde steigen, erklärte er im Landtag. Schon einen Monat später jedoch wird deutlich: An den niedersächsischen Schulen wird weniger Unterricht erteilt als noch vor einem Jahr – und das bei steigenden Schülerzahlen. Das geht aus internen Berechnungen der Landesregierung hervor, die inzwischen auch vom Kultusministerium bestätigt wurden. Nur ein politischer Trickbetrüger kann vor diesem Hintergrund von einer verbesserten Unterrichtsversorgung sprechen.

Zum Stichtag 2. September 2004 wurden in Niedersachsen 1.335.100 Unterrichtsstunden erteilt – 16.500 weniger als noch vor einem Jahr. Rechnerisch entspricht das einem Minus von 620 Lehrerstellen. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der Schüler von 942.944 auf 944.460 gestiegen. Dennoch »steigt« die theoretische Unterrichtsversorgung nach den Rechenmodellen des Kultusministeriums von 99,8 auf 100,7 Prozent.

Diese Berechnung spricht jeder Logik Hohn. Herr Busemann hat sich eines Taschenspielertricks bedient: Er hat vorgeschrieben, dass die Klassengrößen für 80 Prozent aller Schüler an einer weiterführenden Schule drastisch erhöht werden. Und er hat dafür gesorgt, dass Förderunterricht und sonstige pädagogisch unverzichtbare Angebote aus der Berechnung herausfallen. Damit hat der Kultusminister die Zahl der »Soll-Unterrichtsstunden« um 32.850 auf 1.325.300 gedrückt, das entspricht 1.240 Lehrerstellen.

Herr Busemann erhöht die Klassenfrequenzen und streicht bei der individuellen Förderung – und das nur, um der Öffentlichkeit vorgaukeln zu können, die Unterrichtsversorgung habe sich verbessert.

Besonders dreist geht Busemann bei den Grundschulen vor. Dort können seit diesem Schuljahr auch pädagogische Laien Vertretungsunterricht erteilen. Das heißt im Klartext: Statt qualifizierten Unterricht gibt es dort oft nur noch Aufsicht. Damit macht Herr Busemann die Grundschule, die für die Entwicklung unserer Kinder so wichtig ist, zum Sparmodell. Zudem bricht er erneut ein Wahlversprechen. Als Oppositionspolitiker hatte Busemann im Landtag erklärt: »Unterricht und Betreuung müssen klar voneinander getrennt sein. Wir wollen, dass Unterricht von ausgebildeten Lehrern erteilt wird. Das gilt auch für Vertretungsstunden.«

Weniger Unterricht, weniger individuelle Förderung, größere Klassen und höhere Belastungen für die Lehrerinnen und Lehrer – das ist die verheerende Bilanz im ersten Schuljahr nach Verabschiedung des neuen CDU/FDP-Schulgesetzes.

Die SPD-Landtagsfraktion hat zum Thema Unterrichtsversorgung ein neues Flugblatt aus der Serie »Lügenbaron Wulff« erstellt. Das Flugblatt kann im zugangsgeschützten Bereich der Fraktionshomepage (www.spd-landtag.nds.de) abgerufen werden (s. hierzu Artikel auf Seite 8).

Zerschlagung der staatlichen Mittelinstanz beschlossen

Mit den Stimmen von CDU und FDP hat der Landtag die Zerschlagung der Bezirksregierungen beschlossen. Nach Auffassung der SPD wie auch der im Innenausschuss angehörten Sachverständigen ist es jedoch ein Fehler, in einem Flächenland wie Niedersachsen die vier Bezirksregierungen abzuschaffen, ohne sich auch nur im Ansatz Gedanken darüber zu machen, ob die kommunale Ebene in ihrer gegenwärtigen Struktur überhaupt zukunftsfähig ist.

Die von der Landesregierung im Gesetzgebungsverfahren vorgelegte Gesetzesfolgenabschätzung war auffallend unvollständig. Trotz zwischenzeitlich bekannt gewordener Doppelzählungen und anderer Ungereimtheiten hat es die Landesregierung unterlassen, eine korrigierte Kostenfolgenabschätzung vorzulegen. Dieses Vorgehen der Landesregierung lässt befürchten, dass die nicht aus sachlichen Gründen, sondern aus diffusen Voreingenommenheiten heraus betriebene Zerschlagung der Bezirksregierungen zu ganz erheblichen Folgekosten führen wird. Diese wären größtenteils vermeidbar gewesen, wenn die Landesregierung eine Verwaltungsmodernisierung ohne Scheuklappen betrieben hätte.

Stellenabbau

Der von der Landesregierung zur Rechtfertigung der Zerschlagung der Mittelinstanz vorgetragene Stellenabbau in Höhe von 6.743 Stellen ist schon deshalb eine Mogelpackung, weil der Stellenabbau bei genauerer Betrachtung nur ganz am Rande etwas mit der Zerschlagung der Mittelinstanz zu tun hat. Von diesen Stellen fallen durch die Abschaffung der Bezirksre-

gierungen nicht einmal ein Sechstel weg, die übrigen Stellen werden an anderer Stelle eingespart (etwa an den Hochschulen) oder auf Dritte verlagert, so dass CDU und FDP zwar haushaltstechnisch den Stellenansatz reduzieren, nicht aber die Kosten. Aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion ist nicht nur die Abschaffung der Bezirksregierungen und damit der Verzicht auf Koordinierung und Bündelung von Aufgaben in der Fläche ein Fehler, der sich zum Nachteil der niedersächsischen Regionen auswirken wird: Höchst problematisch ist der Umgang der Landesregierung mit den Beschäftigten: Einerseits werden reihenweise Leute mit goldenem Handschlag in den einstweiligen Ruhestand geschickt, um so die Stellenabbau-Vorgaben zu erfüllen, andererseits kann die Landesregierung bei zahlreichen Beschäftigten bis zum heutigen Tage nicht sagen, welche Mitarbeiterin und welcher Mitarbeiter der Landesverwaltung am 1. Januar 2005 wo arbeiten wird.

Widerspruchsverfahren

Spürbare Auswirkungen auf die niedersächsischen Bürgerinnen und Bürger wird die weitgehende Abschaffung des Wider-

spruchsverfahrens haben, die CDU und FDP im Zusammenhang mit der Abschaffung der Bezirksregierungen beschlossen haben. Künftig wird es richtig teuer, gegen Verwaltungsentscheidungen vorzugehen. Innerhalb eines Monats ist Klage vor dem Verwaltungsgericht zu erheben; das Kostenrisiko trägt der Bürger, der künftig in aller Regel auch dann auf den Verfahrenskosten sitzen bleibt, wenn ihm die Verwaltung den Verwaltungsakt falsch begründet hatte oder etwa eine Anhörung unterblieben ist. Die im Rechtsausschuss zu diesem Thema angehörten Sachverständigen haben von den Unternehmerverbänden über den Richterbund bis zu Haus und Grund und Mieterbund übereinstimmend erklärt, dass die weitgehende Abschaffung des Widerspruchsverfahrens zu einer Verteuerung und zu einer spürbaren Verlangsamung des Rechtsschutzes für die Bürgerinnen und Bürger führen wird. Durchsetzen konnten sich nur die Unternehmerverbände, für deren Bereich das Widerspruchsverfahren erhalten wurde. Kein Gehör bei der Landesregierung fanden die Interessen von Bürgerinnen und Bürgern, die sich effektiv und kostengünstig etwa gegen kommunale Abgabenbescheide wehren wollen.

Ausbildungsplatzmisere: Maßnahmen der Landesregierung unzureichend und falsch

Nach den Zahlen der Bundesagentur für Arbeit fehlten in Niedersachsen Ende September 2004 noch fast 1.800 Ausbildungsplätze. Tatsächlich dürfte die Zahl der fehlenden Ausbildungsplätze noch deutlich höher sein. Denn es ist in Rechnung zu stellen, dass Tausende Jugendlicher sich in Warteschleifen wie dem Berufsvorbereitungsjahr oder in Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit befinden.

Um dieser Ausbildungsplatzmisere abzuwehren, hat die Bundesregierung einen Ausbildungspakt geschlossen, der 30.000 zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen soll. Nach Abschluss dieses Ausbildungspaktes ist auch die Niedersächsische Landesregierung endlich tätig geworden: Sie hat einen niedersächsischen Ausbildungspakt mit den Arbeitgebern geschlossen.

Anders als der Bund, der 20 % mehr Lehrlinge ausbildet, wird das Land als Arbeitgeber Ausbildungsplätze abbauen. Statt klarer Zusagen wurde im Niedersächsischen Ausbildungspakt verabredet, die Ausbildungsvergütungen abzusenken und sich für einen Abbau von Arbeits- und Mitbestimmungsrechten Auszubildender einzusetzen. Dies hat wenig mit der Gewinnung zusätzlicher Ausbildungsplätze und viel mit neoliberaler Ideologie zu tun.

Die SPD-Landtagsfraktion hat die Landesregierung in einem Antrag aufgefordert, den Niedersächsischen Ausbildungspakt nachzuverhandeln, um eine höhere Ausbildungsplatzzusage zu erreichen und der Aushöhlung von Arbeits- und Mitbestimmungsrechten entgegen zu treten.

Mentoring-Projekt

Die SPD Niedersachsens hat ein Mentoring-Projekt gestartet.

Ziel ist es u.a., politikinteressierten Jugendlichen einen tiefen Einblick in die Arbeit der SPD zu verschaffen.

Dazu dient vor allem der regelmäßige Erfahrungsaustausch untereinander.

Weitere Informationen zum Projekt sind im Internet erhältlich unter <http://www.mentoring.spdnds.de>.

Unsozial, unseriös, unbezahlbar Finanzierung des Gesundheitswesens über Kopfpauschalen

Die CDU hat auf ihrem Bundesparteitag im Dezember letzten Jahres entschieden, das Gesundheitswesen in Zukunft über Kopfpauschalen zu finanzieren. Kopfpauschale meint: Jeder zahlt unabhängig von seinem Einkommen die gleiche Summe, Erwachsene nach CDU-Angaben 200 Euro und Kinder 90 Euro monatlich.

Ein einkommensunabhängiger Beitrag zur Krankenversicherung sei gerecht, so argumentierte die Union. Schließlich bemesse sich ja das Risiko krank zu werden nicht nach dem Geldbeutel. Für ein Kilo Brot würde der Hausmeister schließlich auch das gleiche bezahlen wie der Vorstandsvorsitzende.

Dieses monatlang als »ultima Ratio« der Gerechtigkeit vorgestellte Modell soll jüngst mit einem Sozialausgleich versehen werden. Alle, die mehr als 15% ihres Bruttoeinkommens für die Kopfpauschale bezahlen müssten, erhielten einen aus Steuern finanzierten Zuschlag. Woher die dazu benötigten 40 Mrd. Euro kommen sollen, darauf hat die CDU bis heute keine Antwort. Die niedersächsische Sozialministerin von der Leyen verliert sich hier im Nebulösen. Irgendwie, so die Landesministerin, würden über das Steuersystem schon alle mit bezahlen müssen. Dadurch werde das System viel gerechter als das heutige System, weil nur diejenigen das derzeitige System finanzierten, die Mitglied der gesetzlichen Krankenversicherung sind. Beim Kopfpauschalenmodell aber würden auch alle privat Krankenversicherten ihren Beitrag leisten.

Politischen Beobachtern drängen sich bei der Kopfprämie in punkto Gerechtigkeit zwei Fragen auf:

- Erstens ist es nicht ganz nachzuvollziehen, warum eine laut CDU gerechte Kopfprämie erst dadurch richtig gemacht werden muss, indem man Millionen von Menschen durch den Steuerzuschuss zu Fürsorgeempfänger macht.
- Und zweitens stellt sich die Frage nach der von der CDU angestrebten Senkung des Spitzensteuersatzes von 48,5% auf 36%. Diese Steuersenkung für Besserverdienende führt dazu, dass diejenigen, die heute die Krankenversicherung schon wegen ihrer Privatversicherung nicht mitfinanzieren, im CDU-Modell auch noch Steuern sparen, mit denen doch die Kopfpauschale sozial gerecht gemacht werden soll.

Damit ist klar, wer im CDU-Modell in Wirklichkeit die Zeche zahlt: Familien, Geringverdiener und Rentner.

Um diese Ungerechtigkeit weiß auch die CDU-Schwesterpartei CSU. Da wundert es wenig, wenn die Herren Stoiber und

Seehofer das Kopfpauschalenmodell ganz deutlich als »Schwachsinn« bezeichnen und es nach wie vor ablehnen.

FES-Zukunftsforum im Landtag

Die Friedrich-Ebert-Stiftung führt bis zum Februar 2005 eine Diskussionsreihe unter dem Motto »Zukunftskonzepte für ein kinder- und familienfreundliches Niedersachsen« durch. Sie greift damit ein Feld auf, dass auch in der SPD-Landtagsfraktion als zentrales politisches Zukunftsthema angesehen wird.

Im Verlauf der geplanten fünf Veranstaltungen werden die Aspekte

- demografische Entwicklung und Auswirkung auf die Lebenschance von Kindern,
- frühkindliche Förderung für umfassenden Chancengleichheit und Gewinn für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
- Probleme berufstätiger Frauen bei der Familiengründung,
- bessere Balance von Familie und Arbeitswelt

zwischen geladenen Expertinnen und Experten und interessiertem Fachpublikum diskutiert.

Bei der Veranstaltung im Oktober ging es um eine bessere individuelle Förderung von Kindern. Von sinnvollen Förderkonzepten, über eine effektive Unterrichtsgestaltung bis hin zu dem kontroversen Thema der gemeinsamen Beschulung aller Kinder bis zum 10. Schuljahr, wurden dabei alle Fragen angesprochen. Das große Interesse der SPD-Landtagsfraktion an diesem Thema wurde durch die Eröffnungsrede des Fraktionsvorsitzenden Sigmar Gabriel und die engagierten Diskussionsbeiträge des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Jüttner dokumentiert.

Die nächsten Veranstaltungen finden am 17. November und am 14. Dezember von 13.00 bis 15.00 Uhr im Restaurant Leineschloss in Hannover statt. Interessenten sollten sich für nähere Informationen wenden an: FES Hannover, Tel.: 0511/306622, <http://www.fes.de/Hannover/>

SPD: Juniorprofessur soll erhalten bleiben

2002 änderte der Bund das Hochschulrahmengesetzes (HRG). Ein wesentlicher Punkt bestand in der Einführung der Juniorprofessur. Damit sollte jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die Möglichkeit zu selbstständiger Lehre und Forschung gegeben, das Alter für eine Berufung auf eine Professur gesenkt und Mobilität verbessert werden. Damit verbunden war das Ziel, die im internationalen Rahmen unübliche Habilitation durch neue Qualifizierungswege zu ersetzen.

Im Juli 2004 erklärte das Bundesverfassungsgericht die HRG-Novelle für nichtig. Das Gericht sprach sich jedoch nicht gegen die Juniorprofessur und die mit ihr verbundenen Ziele aus. Vielmehr rügte es den Bundesgesetzgeber, der seine Rahmenkompetenz für das Hochschulwesen überschritten habe.

Mit dem Entschließungsantrag »Rückschritt auf dem Weg der notwendigen Hochschulreform verhindern und Juniorprofessur im Hochschulrahmengesetz (HRG) zügig absichern« (Drs. 15/1339) fordert die SPD-Fraktion die Landesregierung auf, die Juniorprofessur im Rahmen der geplanten bundesgesetzlichen Regelung abzusichern und im Bundesrat der geplanten HRG-Novelle zuzustimmen. Die CDU/FDP-Mehrheit überwies den Antrag in den zuständigen Ausschuss.

Tagung der SPD-Fraktion: Schulterschluss zwischen Landes- und Kommunalpolitik

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus dem Landtag suchen den Schulterschluss gegen die kommunalfeindliche Politik der CDU/FDP-Landesregierung. Sigmar Gabriel hatte im Oktober sozialdemokratische Kommunalpolitiker aus ganz Niedersachsen zu einer Tagung der SPD-Landtagsfraktion im nach Hannover eingeladen. Etwa 100 waren der Einladung gefolgt und diskutierten angeregt über den Kommunalen Finanzausgleich, das Konnexitätsprinzip und eine mögliche Verhandlung zur Änderung der Landesverfassung.

»Die von Christian Wulff geplante Kürzung von 150 Millionen Euro im Kommunalen Finanzausgleich ist nichts anderes als Diebstahl an den Kommunen. Und der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Verankerung des Konnexitätsprinzips ist völlig unzureichend und kann von der SPD nicht mitgetragen werden.« Dieses Fazit zog Sigmar Gabriel nach der kommunalpolitischen Tagung.

»Die Landesregierung macht Politik auf Kosten der Kommunen«, sagte Ulrich Mädge, Oberbürgermeister von Lüneburg, der auch Landesvorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) ist. »Der Gesetzentwurf der SPD-Fraktion zum Konnexitätsprinzip bietet den Kommunen den notwendigen Schutz vor der Übertragung immer neuer Aufgaben durch das Land und setzt die Versprechen des Ministerpräsidenten gegenüber den kommunalen Spitzenverbänden um.« Bernhard Reuter, Landrat des Landkreises Osterode am Harz und Vorsitzender des Niedersächsischen Landkreistages betonte: »Die Kommunen stehen vor dem finanziellen Kollaps. Nur mit einer klaren gesetzlichen Regelung kann verhindert werden, dass das Land weiterhin Kosten auf die Kommunen abwälzt – wie zuletzt bei der Schulstrukturreform geschehen.«

Auf scharfe Kritik stieß die Kürzung von 150 Millionen Euro beim Kommunalen Finanzausgleich. »Nie zuvor hat eine Landesregierung so dreist in die kommunalen Kassen gegriffen«, sagte Gabriel. »Christian Wulff ist dafür verantwortlich, dass in den Städten und Gemeinden Schulen nicht saniert werden können und soziale Einrichtungen geschlossen werden müssen.« Angesichts der finanziellen Lage der Kommunen stehe der Bestand der im Grundgesetz garantierten kommunalen Selbstverwaltung auf dem Spiel, waren sich die drei SPD-Politiker einig.

Gabriel kündigte an, in Zukunft regelmäßig zu kommunalpolitischen Tagungen der SPD-Fraktion einzuladen. »Die Kommunal- und Landespolitiker der SPD müssen weiterhin den engen Schulterschluss



Oberbürgermeister Ulrich Mädge (am Rednerpult) beim Referat

suchen. Nur gemeinsam können wir der kommunalfeindlichen Politik dieser Landesregierung unsere Konzepte entgegen setzen.«

Konversion

Am 2. November hat Bundesverteidigungsminister Peter Struck (SPD) das Ergebnis der Stationierungsplanung der Bundeswehr bekannt gegeben. Seine Prüfungen haben sich an rein militärischen, funktionalen und betriebswirtschaftlichen Kriterien ausgerichtet, um den neuen Herausforderungen besser begegnen zu können. Bundesweit werden im Rahmen dieser Planung 105 Standorte der Bundeswehr geschlossen. Für die Standortgemeinden führt der Abzug der Bundeswehr oftmals zu erheblichen Einschnitten in den Bereichen Wirtschaftstätigkeit und Beschäftigung. Um die negativen Auswirkungen der Standortschließungen abzumildern, hatte die SPD-Landesregierung im Jahr 2001 ein Konversionsprogramm aufgelegt, mit dem diejenigen Kommunen, die von Truppenauflösungen bzw. -reduzierungen der Bundeswehr in besonderer Weise betroffen sind, finanziell unterstützt wurden. Es wurden von der damaligen SPD-Landesregierung insgesamt 12,8 Millionen Euro bereitgestellt: 6,4 Mio. Euro als Haushaltsmittel für 2003 und weitere 6,4 Mio. Euro als Verpflichtungsermächtigung in 2003 für 2004.

Von der damaligen CDU-Opposition wurde das Konversionsprogramm kritisiert: »So weit zu Ihrem Konversionsprogramm von 26 Millionen DM. Das ist ein Feigenblatt, das ist ein Tropfen auf den heißen Stein« (so der heutige Parlamentarische Geschäftsführer der CDU Althusmann am 22.02.2001 im Landtag). Diese Kritik hat die CDU/FDP-Landesregierung allerdings nicht davon abgehalten, das Konversionsprogramm vollständig zu streichen: Diese Streichung steht in krassem Widerspruch zu der Auffassung der CDU im Bundestag, die in einem Entschließungsantrag vom 26.10.2004 festgestellt hat, dass eine Stärkung der vom Rückzug betroffenen Standortgemeinden nur »mit Hilfe des Bundes, des Landes und der EU« erfolgen könne. Es ist bedauerlich, dass sich CDU und FDP in Niedersachsen ihrer Verantwortung für die von Standortschließungen betroffenen Kommunen drücken wollen.

Populismus pur

Christian Wulff, der sonst so gerne den seriösen Ministerpräsidenten gibt, hat im Sommerloch den Populismus für sich entdeckt. Erst forderte er die komplette Rücknahme der Rechtschreibreform, der kurz zuvor noch sein eigener Kultusminister zugestimmt hatte. Dann verlangte er die Abschaffung der Kultusministerkonferenz (KMK). Glücklicherweise ist Wulff mit beiden Vorstößen gescheitert.

Christian Wulff hat ein kurzes Gedächtnis. Knapp einen Monat nachdem Kultusminister Busemann in der Kultusministerkonferenz (KMK) die verbindliche Einführung der neuen Rechtschreibregeln mitbeschlossen hatte, vollzog er eine radikale Kehrtwende: Die Rechtschreibreform müsse zurückgenommen werden. Für viele Kinder hätte das bedeutet, dass sie zu dritten Mal in ihrer Schulzeit neue Regeln lernen müssten. Auf die Eltern in Niedersachsen wären immense Kosten zugekommen – schließlich hätten sie die Kosten für die neu zu erstellenden Schulbücher selber tragen müssen. Und auch die ohnehin arg gebeutelte Verlagsbranche hätte massive Probleme bekommen.

So weit ist es glücklicherweise nicht gekommen. Schnell stellte sich heraus, dass Wulff mit seinem Sommerlochtheater isoliert dastand – auch in der Union. Eine Mehrheit für die Rücknahme der Reform war weit und breit nicht in Sicht. Das mag auch daran gelegen haben, dass schon lange vor Wulffs Schnellschuss in der zuständigen Kultusministerkonferenz verabredet worden

war, die Rechtschreibung behutsam weiterzuentwickeln und einige Ungereimtheiten des neuen Regelwerks zu modifizieren.

Wulff war also auf der ganzen Linie gescheitert, sein populistischer Vorstoß verpufft. Für ihn muss das eine tiefe Kränkung gewesen sein. Denn wenig später forderte er flugs die Abschaffung der Kultusministerkonferenz, die so dreist war, seinem weitsichtigen Vorschlag nicht zu folgen. Auch hier wieder die gleichen Reaktionen: Aus allen Ländern hagelte es harsche Kritik, auch Wulffs CDU-Amtskollegen und die CDU-Kultusminister wiesen seine neue Idee einhellig zurück. Doch Wulff lies von seinem Vorhaben nicht ab: Inzwischen hat Niedersachsen die KMK-Vereinbarung gekündigt. Merkwürdig nur, dass einige Tage später die Ministerpräsidentenkonferenz einstimmig – also mit der Stimme Niedersachsens – beschloss, dass die KMK für den Föderalismus in Deutschland unverzichtbar sei, und dass am Fahrplan für die Rechtschreibreform nicht gerüttelt werden ...

Das »Niedersachsen-Netzwerk«

Schnell und aktuell:

Die Landespolitik und unser Service für die Arbeit vor Ort

Seit längerem stellt die SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen einen klassischen Internet-Auftritt unter <http://www.spd-landtag-nds.de> bereit. Für besonders Interessierte und Multiplikatoren wurde dieser Internet-Auftritt um ein passwortgeschütztes Intranet, das **Niedersachsen-Netzwerk**, ergänzt. Diese neue Informations- und Kommunikationsplattform im Internet bietet zahlreiche Möglichkeiten, um einen schnellen, intensiven und direkten Kontakt zwischen den politisch Interessentinnen und Interessenten und der SPD-Landtagsfraktion herzustellen.

Das **Niedersachsen-Netzwerk** informiert aktuell und unkompliziert über die Arbeit der SPD-Fraktion und hält viele Materialien bereit, die unmittelbar für die politische Arbeit vor Ort genutzt werden können. Neue Zugangsberechtigungen können zeitnah über Thilo Scholz (thilo.scholz@lt.niedersachsen.de, Tel. 0511/3030-4038) unter Angabe von Namen, E-Mail-Adresse, Telefonnummer und Wohnort vergeben werden.

Termine

9. November 2004, 9:30 – 11:00 Uhr
SPD-Fraktionsvorstand
Ort: Nds. Landtag, Hannover

9. November 2004, 12:30 – 14:00 Uhr
SPD-Fraktionssitzung
Ort: Nds. Landtag, Raum 122, Hannover

9. November 2004 ab 14:00 Uhr
Der 9. November in der niedersächsischen Geschichte des 20. Jahrhunderts im Nds. Landtag
mit Ausstellung: »Biografien niedersächsischer Abgeordneter in der Weimarer Republik und deren Verfolgungsschicksal im 3. Reich«
Veranstalter: Der Nds. Landtag
Ort: Nds. Landtag, Plenarsaal und Wandelhalle

14. November 2004, 18:00 – 20:00 Uhr
SPD-Fraktionsvorstand
Ort: Göttingen

15. November ab 10:00 Uhr bis Dienstag, 16. November bis 15:00 Uhr
SPD-Fraktionsklausurtagung zum Haushalt
Ort: Göttingen

17. – 19. November 2004
Landtagsplenum

17. November 2004, 13:00 – 16:00 Uhr
Familienfreundliche Arbeitswelt und Unternehmenskultur – Wie erreichen wir eine neue Balance?
u.a. mit: Stefan J. Becker, Geschäftsführer der Hertie-Stiftung »Beruf und Familie GmbH«
Veranstalter: Friedrich-Ebert-Stiftung im Landtag
Ort: Nds. Landtag, Restaurant Leineschloss

14. – 16. Dezember 2004
Landtagsplenum

Lügenbaron Wulff

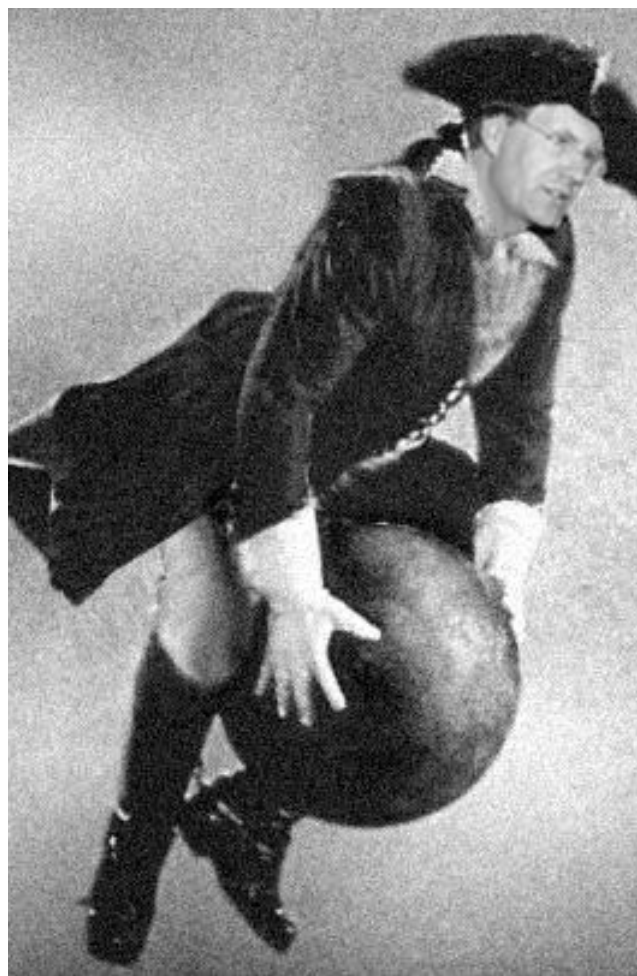
Aktuelle Flugblattserie der SPD-Landtagsfraktion

Die SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen hat neue Flugblattvorlagen in ihr Intranet, das »Niedersachsen-Netzwerk«, gestellt. Die neuen Themen sind:

- »WENIGER UNTERRICHT – GRÖßERE KLASSEN« zur den Rechentricks bei der Unterrichtsversorgung an den Schulen und
- »BETON STATT BILDUNG: WULFF VERSCHENKT 680 MILLIONEN EURO« zur Blockade der Abschaffung der Eigenheimzulage im Bundesrat durch die Landesregierung. Nach SPD-Vorstellung sollen die durch den Subventionsabbau frei werdenden Mittel in den Ausbau von Bildung und Wissenschaft fließen.

Daneben bleiben die Flugblattvorlagen aus dem September 2004 ebenfalls aktuell:

- »NICHTS GELERNT AUS PISA« zur reaktionären Schulreform der CDU/FDP-Landesregierung,
- »WULFFS ELLENBOGENGESELLSCHAFT« zum Sozialabbau in Niedersachsen,
- »STÄDTE VOR DEM KOLLAPS« zu den Kürzungen bei den niedersächsischen Kommunen,
- »EHRENAMT OHNE ZUKUNFT« zu den massiven Einschnitten beim ehrenamtlichen Engagement,
- »FAMILIEN UND KINDER STEHEN IM REGEN!« zu den Einschränkungen in den Bereichen Kinder – Jugend – Frauenerwerbsarbeit – Familie,
- »INTEGRATION? FEHLANZEIGE!« zum Abbau der Integrationsmaßnahmen für unsere ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger,
- »WULFF SPART SICH DEN LÄNDLICHEN RAUM« zur Schwächung der kulturellen, schulischen, sozialen und anderer Angebote in der Fläche,
- »WULFF STREICHT WEIHNACHTSGELD STATT SUBVENTIONEN« zur einseitigen Belastung der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst,
- »BINGO-LOTTERIE WIRD ZUR MOGELPACKUNG« zur sachfremden Verwendung der Einnahmen der BINGO-Umweltlotterie und
- »ALLE MACHT FÜR WULFF« zur zentralistischen und teuren Verwaltungsreform.



Die Flugblattvorlagen befinden sich zum Download auf der Internetseite <http://www.spd-landtag-nds.de> im geschützten Bereich. Falls ihr noch ein Passwort benötigt, könnt ihr das bei Thilo Scholz telefonisch per E-Mail thilo.scholz@lt.niedersachsen.de anfordern.

Die Flugblattvorlagen können in ihrer hohen Auflösung gut ausgedruckt und anschließend kopiert werden. Für ganz Professionelle bietet die Landtagsfraktion Eindruckflugblätter in A4 und Eindruckplakate in A3 (für Ortsvereins-Schaukästen etc.) an. Beide Versionen erhalten das rote SPD-Landtagsfraktionslogo und eignen sich zum Einkopieren der Flugblattvorlagen. Kosten: A4-Eindruckflugblatt 2 Cent/Stück, A3-Eindruckplakat 5 Cent/Stück (ggf. zuzügl. Porto).